

Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurfs

der Stadt Sendenhorst
für das Jahr 2024

Sitzung des Stadtrates am 26. Oktober 2023

Bürgermeisterin Katrin Reuscher
Kommunalforum

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Ratsmitglieder,
Liebe Bürgerinnen und Bürger,
Sehr geehrte Vertreter der Presse,
Liebe Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,

ich möchte meine diesjährige Rede zur Einbringung des Haushalts mit einem Bild beginnen.

Stellen Sie sich vor, dass ein Haus brennt – es befinden sich keine Menschen darin – die Feuerwehr ist alarmiert und in der Lage den Brand zu löschen. Nicht schön – aber zu händeln, eigentlich kein Problem, denn wir haben unsere Infrastruktur und Abläufe, die funktionieren.

Jetzt ist es aber so, dass der Rauch, der sich entwickelt hat, aufgrund des starken Windes an diesem Tag über die Stadt hinweg zieht. Eigentlich auch kein Problem – über das Radio und die Warn Apps werden die Bewohner aufgefordert Fenster und Türen zu schließen und Klimageräte auszuschalten. Sollte doch jemand Hilfe benötigen, dann stehen genügend Kapazitäten in den Krankenhäusern bereit – also auch kein Problem.

Jetzt fährt aber zufällig ein Mann in einem Auto vorbei, der die Rauchwolke über der Grundschule sieht. Er macht ein Foto, stellt es in die sozialen Medien und schreibt: Es brennt in der Grundschule! Jetzt geht's so langsam los, denn innerhalb von Minuten rufen besorgte Eltern in der Schule und in der Stadtverwaltung an, es werden WhatsApp Nachrichten verschickt, niemand kann so schnell einen Brand definitiv

ausschließen. Die Feuerwehr, die noch Kapazitäten hat, fährt zur Grundschule, die Schüler und Lehrer werden evakuiert, zig Autos mit Eltern wollen zur Schule und sehen, ob es Ihren Kindern gut geht. Chaos ... aber so gerade noch zu händeln, weil ja nichts passiert ist.

Aufgrund der vielen PKW, die alle zur Schule fahren, gibt es allerdings auf der Hauptverkehrsstraße der kleinen Stadt einen schweren Unfall mit einem Bus und einem LKW. Es gibt schwerverletzte Personen ... und weil der LKW beim Ausweichen in ein Geschäftshaus gefahren ist, droht dieses einzustürzen.

Jetzt ist der Punkt erreicht, an dem externe Unterstützung angefordert werden muss, weil die eigenen Kapazitäten nicht mehr ausreichen. Die kleine Stadt, in der all dies gleichzeitig passiert, schafft das allein nicht mehr. Sie braucht Hilfe!

Jetzt fragen Sie sich bestimmt: Was hat dieses Bild jetzt mit unserem Haushalt zu tun?

Nun - Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen hat in einem sogenannten Brandbrief an Ministerpräsident Hendrik Wüst im vergangenen Monat die Situation der Kommunen dargestellt, die ungefähr so ist, wie in meinem Bild.

Dieser Brief wurde unterzeichnet vom Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes, den Vizepräsidenten, den Sprechern aller politischen Gruppen von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, der FDP und der parteilosen BürgermeisterInnen sowie 350 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der Mitgliedskommunen. Auch ich habe dieses Schreiben für die Stadt Sendenhorst mitgezeichnet. Die starke Überschrift war: „Gefährdung der kommunalen Selbstverwaltung“.

Jetzt verfüge ich als Bürgermeisterin über noch nicht so viele Jahre an Berufserfahrung. Und zu betonen, dass die Kommunen nicht auskömmlich finanziert sind, das tun viele meiner Amtskollegen schon seit vielen Jahren – aber – so haben mir meine Kolleginnen und Kollegen, die den Job schon ein paar Jahre länger machen, bestätigt: So eine Situation wie jetzt gab es noch nie und diese konzertierte Aktion des Schreibens an die Landesregierung ist bisher einmalig in der Geschichte NRW.

Im Kern geht es in diesem Brandbrief – ebenso wie in meiner kleinen Geschichte – darum, dass wir keine *einzelnen* Krisen haben, mit denen wir umgehen müssten. Die Kommunen sind überfordert, weil so viele Ereignisse und Rahmenbedingungen gleichzeitig aufeinandertreffen:

- Wir haben eine besonders hohe Inflation.
- Die Baukosten steigen.
- Wir müssen geflüchtete Menschen in großer Zahl in einer kurzen Zeit unterbringen.
- Der Rechtsanspruch auf den Offenen Ganzttag ist – trotz eines neuen Förderprogramms – nicht ausfinanziert.
- Wir sind verpflichtet, kommunale Wärmeplanungen aufzustellen und in den dann folgenden Jahren umzusetzen.
- Die Aufwendungen für die Anpassungen an die Folgen des Klimawandels sind nicht abzuschätzen.
- Das Zinsniveau steigt und damit die Belastungen für notwendige kommunale Kredite.
- Darüber hinaus gibt es eine unzureichende Beteiligung von Bund und Land an den Wiedereingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen.

All diese Entwicklungen schlagen auch in unserem Haushalt durch.

Jeder Punkt für sich genommen ist nachvollziehbar und in der gesellschaftlichen Zielsetzung auch gut und teilweise sogar obligatorisch – damit könnten wir Kommunen auch irgendwie klarkommen. Aber all dies trifft uns gerade gleichzeitig und deshalb ist das kein „Jammern und dann geht es doch irgendwie“ – die Kommunen brauchen wirklich Hilfe!

Und hinzukommt – wir Kommunen finanzieren über die Umlage auch noch Aufgaben von Kreis und LWL. Wenn auf diesen Ebenen die Ausgaben ebenfalls steigen, steigt bei uns die Kreisumlage – und die hat es in diesem Jahr in sich:

Die Stadt Sendenhorst muss 3 Mio. Euro zusätzlicher! Umlage an den Kreis Warendorf überweisen. 3 Mio. Euro – wie bitte soll das gehen? Wir können unsere Ausgaben nicht

um diesen Betrag reduzieren, weil wir zur Erfüllung von Aufgaben, die Geld kosten, verpflichtet sind.

Es gab den Vorschlag, dass die Kommunen stattdessen einfach Ihre Steuern entsprechend erhöhen. Ich kann Ihnen das gern einmal vorrechnen – Um nur den zusätzlichen Bedarf des Kreises, also das was über den sogenannten Mitnahmeeffekt hinausgeht – bei uns rund 1.1. Mio. Euro - zu kompensieren, müssten wir die Grundsteuer B um 236 Hebesatzpunkte erhöhen Das kann nicht funktionieren.

Anhand dieser gestiegenen Zahllast und anhand des eindringlichen Schreibens an die Landesregierung können Sie – sehr geehrte Ratsmitglieder – die Vorzeichen unserer diesjährigen Haushaltsplanungen erkennen. Die Zeiten waren selten so *dynamisch*.

Verantwortlich mit dieser sehr herausfordernden Situation umzugehen heißt dabei aber auch, nicht pauschal mit dem Finger auf Kreis oder LWL zu zeigen, sondern diese zu unseren Verbündeten zu machen, um gegenüber Bund und Land auf eine auskömmliche Finanzierung der unteren Ebenen zu bestehen.

Deshalb kritisieren wir nicht pauschal und schieben Verantwortung weg, wir Kommunen stellen konkrete Forderungen mit konkreten Vorschlägen zur Veränderung des Systems der Aufgabenzuteilung und Finanzierungsvereinbarungen. Und wenn ich die Diskussionen auf Ebene der Interessenvertretungen richtig einordne, dann wird das bisherige Finanzierungssystem gegenüber dem Land sehr deutlich auf den Prüfstand gestellt werden müssen.

Ich möchte im Rahmen meiner Haushaltsrede aber auch an unsere Verantwortung hier in Sendenhorst und Albersloh appellieren. An die Verantwortung, die wir als Rat der Stadt für unser Gemeinwesen und letztlich unsere Demokratie tragen.

Wie ich gerade dargestellt habe, ist die Situation für uns Kommunen dramatisch – wirklich dramatisch. Und wenn wir bei Bund und Land Gehör finden und Veränderungen der Gemeindefinanzierung erreichen sollen, müssen wir solch drastische Worte finden, weil sie sonst im allgemeinen Getöse untergehen.

ABER – jede Dramatik birgt auch die Gefahr, dass Bürgerinnen und Bürger weiter das Vertrauen in staatliche Institutionen und in das gesellschaftliche Miteinander verlieren. Und das geschieht.

Die sogenannte „Mitte Studie“, die im September vorgestellt wurde, zeigt – ich zitiere: „Das Vertrauen in die Institutionen und in das Funktionieren der Demokratie sinkt auf unter 60 %. Inzwischen denken beispielsweise 32 % der Befragten, die Medien und die Politik würden unter einer Decke stecken. Zudem stimmen in der aktuellen Mitte-Studie mit 30 % fast doppelt so viele Befragte wie noch vor zwei Jahren der Aussage zu: »Die regierenden Parteien betrügen das Volk.« Weiter befürworten mittlerweile über 6 % eine Diktatur mit einer einzigen starken Partei und einem Führer für Deutschland und über 16 % behaupten eine nationale Überlegenheit Deutschlands, fordern »endlich wieder« Mut zu einem starken Nationalgefühl und eine Politik, deren oberstes Ziel es sein sollte, dem Land die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zustehe.

Wenn mich etwas wirklich beängstigt, dann sind nicht die gerade genannten Rahmenbedingungen - Es die demokratie- und verfassungsfeindlichen Schreihälse und Populisten, die nichts können außer „die vermeintliche Ursache für alle Krisen in Geflüchteten zu sehen“ und „dafür vermeintlich einfache Lösungen zu nennen“ – letztlich tun sie aber nur eines: sie zerstören das unbedingt notwendige Vertrauen in unserem Land.

Vielleicht denken Sie jetzt, dass ich in diesem Punkt übertreibe und dass es so etwas hier bei uns in Sendenhorst und Albersloh nicht gibt. Glauben Sie mir – das gibt es und gerade in den vergangenen Wochen habe ich mehrere Gespräche geführt mit Menschen, die einfach Angst um Ihre Zukunft haben und glauben, dass alles besser wäre, wenn wir nicht so viele Geflüchtete hier bei uns hätten.

Es geht mir und auch meinen vielen Amtskolleginnen und –kollegen deshalb mit dem klaren Benennen der finanziellen Situation der Kommunen nicht darum, Panik zu verbreiten, Verantwortung wegzuschieben und zu kapitulieren, weil das zu nur noch mehr Verunsicherung führt und rechtsextremen und radikalen Positionen noch mehr Auftrieb gibt.

Wir – und damit meine ich auch Sie als Stadträtinnen und Stadträte – wir haben auch in dieser wirklich schwierigen Situation die Verantwortung, weiter an der Sache orientiert und im Rahmen der Möglichkeiten, die unsere finanzielle Situation erlaubt, klare Zukunftsentscheidungen für unsere Stadt zu treffen und damit Orientierung zu geben.

Diese Haltung sollte die anstehenden Haushaltsberatungen prägen. Und das haben wir im vergangenen Jahr an vielen Stellen im guten Miteinander auch gemacht. Dafür möchte ich mich „gewissermaßen vorneweg“ bedanken. Ich bin wirklich dankbar dafür, dass wir vertrauensvoll zusammenarbeiten – mit allen Unterschieden in der Sache. Ich bin mir sicher, dass viele Menschen hier in Sendenhorst und Albersloh das zu schätzen wissen.

Nun aber ein Blick auf die Zahlen.

Eigenkapital

Das Haushaltsjahr 2022 hat erfreulicherweise mit einem Plus von rund 2.6 Mio. € sehr positiv abgeschlossen. Vorbehaltlich des Ratsbeschlusses am 14. Dezember soll dieses Plus der Ausgleichsrücklage zugeführt werden, so dass sich diese auf rund 8.6 Mio. Euro erhöhen würde.

Auch für das Haushaltsjahr 23 ist eine deutliche Ergebnisverbesserung von rund 2.7 Mio. Euro zu erwarten. Damit kann das ursprünglich geplante Defizit vollständig ausgeglichen werden und der prognostizierte Überschuss in Höhe von knapp einer halben Million Euro im Laufe des kommenden Jahres ebenfalls der Ausgleichsrücklage zugeführt werden.

Am 19. Oktober hat der Städte- und Gemeindebund darüber hinaus mitgeteilt, dass seitens des Bundes zusätzliche Mittel für die Versorgung geflüchteter Menschen über die Länder bereitgestellt werden. Diese Meldung ist sozusagen „ganz frisch“ und deshalb auch noch nicht verbindlich – voraussichtlich wird die Stadt Sendenhorst aber etwas über eine halbe Million Euro zusätzlich und pauschal erhalten. Dies bedeutet, dass das Jahresergebnis 23 sich um diesen Betrag noch einmal verbessern könnte, so dass wir rund 1 Mio. Euro in die Ausgleichsrücklage überführen könnten. Dies hilft

zusätzlich bei der in den kommenden Jahren notwendig werdenden Nutzung dieser Rücklage zum Ausgleich unseres Haushaltes.

Das Eigenkapital der Stadt Sendenhorst beträgt damit rund 34.8 Mio. Euro.

Der Rückblick ist also – wie in den letzten Jahren auch – sehr positiv. Der Blick in die Zukunft hingegen zeigt ein sehr viel bescheidenes Bild. Die positiven Jahresabschlüsse und die gewachsene Rücklage kaschieren nämlich, dass die Belastungen, die auf die Kommunen zukommen, von diesen nicht zu tragen sind! Dies muss man an dieser Stelle so deutlich und absolut formulieren.

Der Haushaltsentwurf und die mittelfristige Finanzplanung, die ich Ihnen heute zusammen mit unserer Kämmerin Bettina Küch-Wallmeyer vorlege, ist wie in den vergangenen Jahren auch nach bestem Wissen und Gewissen und mit großer Sorgfalt aufgestellt worden. Insbesondere die unglaubliche Steigerung der zu zahlenden Kreis- und Jugendamtsumlage haben uns dazu veranlasst, Einsparungen und Kürzungen in zahlreichen Haushaltspositionen und Budgets vorzunehmen. Ich gehe darauf später noch einmal ein. Darüber hinaus schlagen wir Ihnen eine Erhöhung der Gewerbesteuer und eine Anhebung der Grundsteuern vor.

Die hohen Rücklagen einerseits und die bereits vorgenommenen Einsparungen und Kürzungen – in Höhe von immerhin 1.5 Mio. Euro - führen im Ergebnis immerhin dazu, dass wir Ihnen einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen können.

Der Spielraum aber ist gering – und ich möchte deutlich sagen, dass die Aufnahme zusätzlicher Haushaltsmittel im Rahmen der politischen Beratungen oder die Erhöhung von Ansätzen nur dann möglich ist, wenn an anderer Stelle gestrichen wird. So simpel ist das am Ende.

Aufwendungen und Erträge – Inanspruchnahme der Rücklagen

Und damit komme ich zum Haushaltsjahr 2024. Im vergangenen Jahr hatten wir mit einem Haushaltsdefizit von 2.8 Mio. Euro geplant. Dieses geplante Ergebnis wird sich - Stand heute - deutlich verschlechtern – bedingt durch die enorm gestiegene Kreis- und Jugendamtsumlage, die für die Stadt Sendenhorst um 3 Mio. Euro! auf 13.3 Mio. Euro steigt. Insgesamt müssen wir mit einem Defizit von 4.3 Mio. Euro rechnen. Im Ergebnisplan stehen ordentlichen Erträgen von rund 28.7 Mio. Euro ordentliche Aufwendungen von rund 33 Mio. Euro gegenüber.

Auch die Folgejahre der mittelfristigen Finanzplanung sind defizitär geplant – in den Jahren 24 und 25 greifen wir auf die Ausgleichsrücklage zurück – ab dem Jahr 26 dann auf die Allgemeine Rücklage.

Die verhältnismäßig hohen Rücklagen ermöglichen es uns, einen genehmigungsfähigen Haushalt für 2024 und die folgenden 3 Jahre vorzulegen. Und das ist in diesen Zeiten schon eine gute Nachricht, denn nach Prognosen des Städte- und Gemeindebundes steuern rund 40 Prozent der Kommunen in NRW auf die Haushaltssicherung zu, weitere 20 Prozent befürchten dies.

Die Stadt Sendenhorst hat vor allem aufgrund der gesunden und starken Unternehmenslandschaft und der daraus resultierenden Gewerbesteuer aktuell noch genug Kraft, um einen Haushaltsausgleich herzustellen und die Haushaltssicherung zu vermeiden. Auf etwaige Änderungen der gesetzlichen Vorgaben zum Haushaltsausgleich durch die Landesregierung müssen wir ebenfalls nicht warten.

Corona-Ukraine-Isolierungen

In den geplanten Defiziten stecken darüber hinaus auch die sogenannten und Ihnen bestens bekannten „Corona-und-Ukraine-Isolierungen“. Mit dem Jahresabschluss 2023 enden nämlich die Sonderregelungen, die im Zuge der Covid-Pandemie und des Ukraine Krieges durch den Gesetzgeber erlassen wurden. Für die Stadt Sendenhorst prognostizieren wir eine Gesamtsumme von Mehraufwendungen und Mindererträgen von rund 2.4 Mio. Euro.

Die Finanzplanung, die wir Ihnen heute vorlegen, sieht vor, dass wir diese isolierten Beträge in 2026 einmalig gegen die Allgemeine Rücklage buchen und sie damit „erledigen“, vorausgesetzt Sie beschließen das. Die guten Ergebnisse der letzten Jahre lassen auch dies – Stand heute zu - und kommen uns also auch hier zu Gute.

Wesentliche Erträge

Wir haben Erträge von 28.7 Mio. Euro – wie setzt sich diese geplante Summe zusammen? Wie Sie wissen, finanzieren wir unsere Aufwendungen aus nur wenigen Einnahmequellen. Eine der wichtigsten ist der Anteil an der Einkommenssteuer. Für das Jahr 24 planen wir diese mit 8.2 Mio. Euro. Auf eine ebenfalls wichtige Säule unserer Finanzierung – die Schlüsselzuweisungen – müssen wir hingegen im kommenden Jahr aufgrund der eigenen hohen Steuerkraft verzichten. Ab 2025 planen wir diese jedoch wieder mit jeweils 800.000 Euro ein. Den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer veranschlagen wir in 24 mit 1.25 Mio. Euro. Rund 800.000 Euro planen wir aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke. Dazu zählt zum Beispiel die Unterhaltungspauschale. Weiterhin erhalten wir Leistungen nach dem Familienausgleich in voraussichtlicher Höhe von 850.000 Euro.

Neben diesen Erträgen, die wir als Kommune lediglich „erhalten“, ohne dass wir Ihre Höhe selbst beeinflussen könnten, stehen uns die Grundsteuern A und B, die Gewerbesteuer, die Vergnügungs- und die Hundesteuer zur Deckung unserer Ausgaben zur Verfügung. Die Höhe dieser Steuern können wir selbst festlegen. In „guten Jahren“ besteht keine Notwendigkeit, mit Erhöhungen zu planen. Mit Blick auf die gerade skizzierten zusätzlichen Abgaben in Richtung Kreis, müssen wir in diesem Jahr darüber beraten, ob wir unser Defizit durch die moderate Anhebung von Steuern zumindest *etwas* minimieren.

Unser Vorschlag als Verwaltung – die Grundsteuern A und B sollen wie in den vergangenen Jahren auch zumindest auf die fiktiven Hebesätze des Landes angepasst werden, um uns für die Zukunft bei den Zuschüssen aus der Gemeindefinanzierung nicht zusätzlich schlechter zu stellen. In Summe macht das jedoch lediglich Mehrerträge in Höhe von rund 43.000 Euro aus.

Anpassungen der Vergnügungssteuer sind nicht vorgesehen, sie wurde in 2021 angepasst. Wir rechnen nichts desto trotz mit Mehrreinnahmen von insgesamt 15.000 Euro.

Der Hebesatz bei der Gewerbesteuer liegt seit dem Jahr 2019 bei 418 Punkten und damit im Kreisvergleich auf einem eher niedrigen Niveau. Wir planen für 2024 mit Einnahmen von 8.2 Mio. Euro und schlagen eine Anhebung des Hebesatzes um 7 Punkte auf 425 vor. Diese vorgeschlagene Erhöhung führt zu geplanten Mehreinnahmen gegenüber dem Ist-Stand von knapp 120.000 Euro.

Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich Ihnen sage, dass ich darauf lieber verzichtet hätte, denn schließlich ist die starke Unternehmenslandschaft ein wichtiger Grund für unsere noch halbwegs gute Lage. Andererseits besteht nun eben die Notwendigkeit einer höheren Zahllast an den Kreis, und dass wir diese zumindest in gewisser Weise durch höhere Abgaben finanzieren – zumal es eine gewinnabhängige Belastung ist, halte ich für diskussionswürdig. Die Entscheidung obliegt letztlich Ihnen als Stadtrat.

Diese Entscheidung ist aus meiner Sicht auch mit Blick auf die kommenden Jahre zu treffen, denn die jetzt feststehenden zusätzlichen Aufwendungen sind ja keine einmalige Angelegenheit. Sie schlagen auch in den folgenden Haushaltsjahren zu Buche.

Auf eine Ertragsposition möchte ich abschließend noch eingehen, weil sie erstmalig in unseren Haushalt eingeplant wurde. Wir haben ab dem Jahr 2024 jeweils 65.000 Euro als sogenannten „Windpfennig“ eingeplant. Damit ist eine freiwillige aber gesetzlich geregelte Abgabe von Windkraftanlagenbetreibern gemeint. 0,2 Cent pro produzierter Kilowattstunde können diese an die jeweilige Kommune abführen.

Das neu besetzte Klimamanagement ist dabei erste Verträge für die bestehenden Anlagen zu schließen. Durch entsprechende Beschlüsse, die wir gemeinsam in diesem Jahr gefasst haben, können wir davon ausgehen, dass zukünftig zusätzliche Anlagen in Sendenhorst und Albersloh errichtet werden, die wiederum zusätzliche Einnahmen erwarten lassen. Der Windpfennig ist eine der wirklich wenigen Möglichkeiten für uns als Kommune, zusätzliche Erträge verbuchen zu können. Eine gute Sache!

Und damit sind wir bei den Aufwendungen.

Wie bereits prominent dargestellt erhöht sich unser ohnehin schon größter Ausgabeposten – die Kreis- und Jugendamtsumlage – auf insgesamt 13.3 Mio. Euro. Rund 40% unserer Erträge und 55 % unserer städtischen Steuerkraft fließen damit an den Kreis. Gegenüber dem ursprünglichen Plan scheint der Kreis Warendorf den Kommunen jedoch zumindest ein Stück weit entgegenzukommen.

Statt ursprünglich 33 Punkte plant der Kreis nun „nur“ noch mit 32,5 Punkten, so jedenfalls sieht es aktuell aus. Für unseren Haushaltsentwurf sind 0,4 Punkte Senkung davon bereits eingeplant. Das gibt zumindest ein bisschen Luft.

Es war vor allem für die Kämmerinnen und Kämmerer aber ein hartes Stück und viel Arbeit und bedurfte einer intensiven Befassung mit dem Kreishaushalt, um dieses Ergebnis am Ende zu verhandeln. Weiterhin sehr kritisch anzumerken ist der erneute und deutliche Personalaufwuchs, den der Kreis geplant hat.

Der zweite große Ausgabenbereich, auf den ich in diesem Jahr einmal hinweisen möchte, sind die Personalaufwendungen. Hier planen wir Mehraufwendungen in Höhe von rund 400.000 Euro. Wohlgermerkt nicht, weil wir neue Stellen in diesem Umfang schaffen – wobei zusätzliche Aufgaben schon da wären – sondern weil sich hier vor allem die höheren Tarifabschlüsse und darüber hinaus strukturelle Anpassungen wiederfinden. Insgesamt sieht der Stellenplan zusätzliche 2,08 Stellenanteile vor – die sich im Wesentlichen durch die Aufstockung von Stunden in unterschiedlichen Bereichen ergeben. Tatsächlich neu hinzu gekommen ist eine Stelle für das Hallenbad. Hierdurch fallen jedoch gleichzeitig auch Stunden für Aushilfen weg.

Sie werden sich erinnern, dass ich im letzten Jahr sehr ausführlich auf unser sich schnell drehendes „Personalkarussell“ eingegangen bin. Den angekündigten Generationswechsel haben wir in 2023 gut gemeistert. Sie haben die vielen neuen Gesichter bereits kennen gelernt.

Trotz des spürbaren Wettbewerbs um Fachkräfte konnten wir den Tiefbau, das Wasserwerk, das Gebäude- und Wohnraummanagement, die Telefonzentrale, die Liegenschaften, das Mobilitätsmanagement, Stellen im Bereich der Gebäudereinigung, die Wirtschaftsförderung, den Bereich Jugend & Weiterbildung, den Bereich Bauverwaltung und Denkmalpflege und das Klimamanagement neu und gut besetzen. Auch die Grundstücksgesellschaft hat eine hauptamtliche Geschäftsführung.

Ebenso haben wir zwei neue Auszubildende, die seit August die Verwaltung verstärken. Eine Kollegin ist darüber hinaus (fast) in Elternzeit – hier ist es uns gelungen, bereits eine Vertretung für den Bereich Abfall zu finden. Die neu geschaffene Stelle für die Anlagenbuchhaltung konnten wir ebenfalls qualifiziert besetzen. Besonders erleichtert sind wir, dass wir für unser Hallenbad ein Team von drei externen neuen Mitarbeitenden gefunden haben.

Ehrlich gesagt ... das muss man erstmal hinkriegen, so viele Stellen in einer kleinen Stadtverwaltung neu besetzen. Und – noch wichtiger – die neuen Kolleginnen und Kollegen sind super engagiert, haben sich gut eingearbeitet, sich toll entwickelt. Beispielhaft möchte ich mal den Bereich Tiefbau nennen – der Kollege hat mit der Sanierung der Ortsdurchfahrt direkt ein Riesenprojekt zu betreuen. Und auch die neue Kollegin für das Wohnraummanagement musste direkt in's kalte Wasser gesprungen, um Unterkünfte zu organisieren.

Was wir noch schaffen müssen, ist die Besetzung der neu geschaffenen Stelle für den Bereich Hochbau und die Nachbesetzung der Stelle im Bereich Stadtplanung. Darüber hinaus muss eine Nachfolge für die Stadtkasse gefunden werden und zwei weitere Mutterschutz- bzw. Elternzeitvertretungen.

An dieser Stelle deshalb ein großes Dankeschön an das ganze Haus! Egal ob Personalabteilung, aufnehmender Dienstbereich oder die langjährigen Mitarbeitenden – die Integration so vieler neuer Gesichter fordert viel von allen – birgt aber auch große Chancen.

Dann noch ein Blick zu den Sachkosten und Dienstleistungen – immerhin rund 5.3 Mio. Euro. Gegenüber dem aktuellen Jahr haben wir diesen Bereich um rund 500.000 Euro reduziert.

Zu Gute gekommen ist uns hier, dass sich die Prognosen vor allem mit Blick auf die Energiekosten nicht ganz so dramatisch entwickelt haben. Geplant sind Unterhaltungsmaßnahmen für unsere städtischen Gebäude sowie das Hallenbad, Grünflächen und Sportanlagen. Der größte Einzelposten mit rund einer halben Million Euro steht für die Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen zur Verfügung.

Zusammengefasst kann ich sagen, dass wir im Verwaltungshaushalt leider für uns überwiegend nachteilige Entwicklungen erkennen können, die wir nicht beeinflussen. Unsere Kämmerei – vor allem natürlich Ihre Chefin – hat - das dürfen Sie mir glauben - im Rahmen der Haushaltsgespräche wo immer möglich, bereits Kürzungen vorgenommen. Wir haben uns hier „nichts gegönnt“, wir haben gegenüber dem Vorjahresplan 1.5 Mio. Euro gespart und kaum neue und zusätzliche Ausgaben eingeplant.

Wir haben aber auch umgekehrt, nichts von den bisher vereinbarten freiwilligen Leistungen gestrichen. Das sei an dieser Stelle auch erwähnt. Dank unserer Rücklagen, sind wir in der Lage, diese aufrecht zu halten.

Damit ist gemeint, dass wir zum Beispiel unsere Sport- und Freizeitstätten kostenfrei zur Verfügung stellen. Damit ist gemeint, dass wir zum Beispiel Kinder der Grundschulen, die im Außenbereich wohnen, kostenfrei für Eltern transportieren. Damit ist gemeint, dass wir für unsere Bürgerinnen und Bürger ein Hallenbad betreiben und zwar zu sehr günstigen Eintrittspreisen. Damit ist gemeint, dass wir unseren vielfältigen Vereinen – auch jenseits des Sports – kostenfrei Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und bestimmte Vorhaben des ehrenamtlichen Engagements finanziell unterstützen – u.a. zusätzlich mit dem Einsatz der Gewinnausschüttung der Sparkasse. Damit ist gemeint, dass wir Zuschüsse in erheblichem Maße für den Betrieb von zwei weiterführenden Schulen finanzieren. Damit ist gemeint, dass wir zum Beispiel für Kinder- und Jugendliche Treffpunkte und fachliches Know-How und Begleitung vorhalten.

Mit Blick auf das, was ich zu Beginn meiner diesjährigen Rede hoffentlich nachvollziehbar dargestellt habe, bin ich nicht dafür, diese Positionen zur Disposition zu stellen, solange wir es nicht unbedingt müssen.

Denn all diese freiwilligen Leistungen sorgen dafür, dass die Menschen – egal welchen Alters - hier in Sendenhorst und Albersloh in unseren vielfältigen Angeboten in irgendeiner Art und Weise eine „Heimat“ finden können. Diese freiwilligen Leistungen sind ein Beitrag dazu, dass wir hoffentlich weiterhin das Vertrauen der Menschen, die hier leben, und den gesellschaftlichen Zusammenhalt erhalten können.

Klar ist aber ebenso, dass der Spielraum für „noch mehr“ nicht mehr gegeben sein wird, wenn wir den Status Quo erhalten wollen.

Zur Einbringung des Haushaltes gehört auch ein Blick auf die Investitionen. Hier möchte ich vor allem auf das eingehen, was neu hinzugekommen ist und was im kommenden Jahr ansteht.

Ein Investitionsschwerpunkt, den Sie bereits kennen, ist die Kardinal-von-Galen Grundschule. Nach langem Warten auf die Baugenehmigung können wir nun endlich, endlich im November mit der Erweiterung starten. Wenn dieser im Laufe des Jahres 2025 abgeschlossen ist, soll sich möglichst direkt die Neugestaltung des Schulhofes anschließen.

Parallel dazu haben wir die Grundschule Albersloh in den Finanzplan aufgenommen. Eine Machbarkeitsstudie zur grundsätzlichen Realisierbarkeit ist bereits in Auftrag gegeben worden und wird aktuell erarbeitet. Im kommenden Jahr würde dann – aus unserer Sicht – die konkretere Planung anstehen. Eine Realisierung der auch hier notwendigen Erweiterungen für die OGS ist für 2026 geplant.

Insgesamt müssen wir als Stadt für diesen gesetzlich verankerten Auftrag viele Millionen Euro investieren. Dass dies sinnvoll ist, steht dabei außer Frage. Dass wir im Rahmen eines neuen und ganz frischen Förderprogramms dafür auch Zuschüsse erhalten ist - wunderbar. Die Information darüber ist gerade erst ein paar Tage alt. Allein – die Höhe ist ernüchternd. Ich kann Ihnen diese heute noch nicht verlässlich sagen, aber erste Berechnungen lassen 550.000 Euro erwarten. Nicht, dass das nicht viel Geld wäre – auskömmlich ist es bei Weitem nicht!

Begonnen haben wir in diesem Jahr auch mit der umfangreichen Sanierung der Oststraße inklusive der Erneuerung der Trinkwasserleitung, der Sanierung des Abwasserkanals und der Hausanschlüsse.

Die Baustelle zeigt aktuell sehr eindrucksvoll, was zu normalen Zeiten an Verkehr über die Durchgangsstraße rollt. Das verlangt allen Anliegern an den Umleitungen und allen Verkehrsteilnehmern viel ab. Die zwei Menschen, die sich bei uns in der Verwaltung um das Management dieser Großbaustelle kümmern können – neben anderen Aufgaben wohl gemerkt – geben Ihr Bestes, möglichst umfassend und transparent zu informieren.

Ich habe aber auch ganz klar gesagt, dass das beste Mittel für all die vielen verständlichen „Fragen und Beschwerden“ ist, dass die Baustelle so schnell als möglich fertig wird. Darauf liegt unser Fokus.

Und wo wir gerade beim Thema Verkehr sind. In die Investitionsplanung haben wir auch einen Ansatz von 200.000 Euro mit einer entsprechenden Förderung von 100.000 Euro für die Umsetzung erster Maßnahmen aus dem Mobilitätskonzept eingestellt.

Dieses hätten wir ehrlich gesagt gern bereits beschlossen. Um weiter ehrlich zu sein, hat an dieser Stelle tatsächlich die längere Zeit vakante Stelle im Bereich Verkehrsplanung dazu geführt, dass wir die Kapazitäten dafür intern nicht bereitstellen konnten. Nun arbeitet sich der neue Kollege ein und insofern werden wir Ihnen das Konzept im nächsten UME zur Beschlussfassung vorlegen.

Was mich darüber hinaus ebenfalls sehr freut, ist die Tatsache, dass wir endlich ein Büro gefunden haben, das den Prozess für das Zukunftsdorf Albersloh unterstützen wird. Angehen können wir damit das Thema Kirchplatz, Werseufer und die städtebaulichen Missstände im Ortskern. Mir ist bewusst, dass viele darauf schon lange warten und Sie dürfen mir glauben, ich wäre sehr, sehr gerne sehr viel früher konkreter eingestiegen – aber es braucht eben immer auch Menschen, die das dann am Ende bearbeiten. Mit dem Büro haben nun einen kompetenten und erfahrenen Partner und wenn hoffentlich die Stelle „Stadtplanung“ neu besetzt werden kann darüber hinaus noch zusätzliche Kapazitäten in der Verwaltung.

Zwei Maßnahmen haben wir neu aufgenommen.

Das ist zum einen das neue Feuerwehrgerätehaus, für das wir in diesem Jahr den neuen Standort beschlossen haben. Ich glaube – diesen zu finden und im Einvernehmen mit der Feuerwehr zu beschließen, war der wichtigste Schritt in diesem Projekt. Was jetzt ansteht, ist eine vermutlich intensive Planung, für die wir 200.000 Euro in 2024 vorgesehen haben. In den folgenden drei Jahren sind dann entsprechende Investitionen in Höhe von knapp 10 Mio. Euro vorgesehen.

Die zweite Maßnahme, die neu aufgenommen wurde und die wir im Ausschuss gemeinsam noch beraten müssen, das mal deutlich vorneweg gesagt, betrifft das Rathaus.

Sie alle kennen die Nachbarschaft unseres Rathauses und der Sparkasse Die Sparkasse hat gegenüber der Stadt vor einiger Zeit das Interesse bekundet, das bestehende Sparkassengebäude abzureißen und durch ein neues an gleicher Stelle, aber etwas abgerückt vom Rathaus, zu ersetzen.

Die Idee – und mehr bzw. auch weniger ist es aktuell nicht: In diesem neuen Gebäude soll ein Mix aus Nutzungen der Sparkasse selbst, der Stadtverwaltung und ggf. weiteren Nutzungen, entstehen.

Die Sparkasse und das Rathaus sind heute gewissermaßen ineinander verflochten. Die Stadt nutzt heute bereits Teile des Sparkassengebäudes für Büros. Insofern ist die gemeinsame Nutzung eines neuen Gebäudes sehr naheliegend.

Aus Sicht der Verwaltung wären damit für die Stadt folgende Chancen verbunden: Die Nutzung von Flächen in einem Neubau der Sparkasse würde den „Umzug des Bürgerservice“ ermöglichen und damit im Rathaus selbst Platz schaffen, den wir dringend benötigen. Zweitens könnten die Dienstleistungen der Stadt moderner und zeitgemäßer organisiert werden und drittens könnte dadurch das gesamte Rathaus vollständig barrierefrei erschlossen werden. Ein vierter Punkt – die städtebauliche Gestaltung des zentralen Markt- bzw. Kirchplatzes würde extrem aufgewertet werden. Der Neubau würde federführend durch die Sparkasse als Bauherren durchgeführt werden – die Stadt wäre langfristiger Mieter.

Diese Maßnahme würde aber zur Konsequenz haben, dass Sparkasse und Rathaus tatsächlich „entflochten“ werden müssen, so dass auch Umbaumaßnahmen am Rathaus selbst notwendig würden. Diese würden wir selbstverständlich als Stadt verantworten.

Allzu detailliert möchte ich an dieser Stelle auf diesen Vorschlag noch nicht eingehen – weil ich einer gemeinsamen Beratung nicht vorgreifen möchte. Aber – wir haben entsprechende Investitionen in den Haushalt eingestellt und werden Ihnen - sehr geehrte Ratsmitglieder - hoffentlich zeitnah gemeinsam mit der Sparkasse einen konkreten Vorschlag hierzu vorlegen können, denn die Sparkasse bereitet ebenso wie wir die erforderlichen Unterlagen für eine Entscheidung ihrer Gremien vor.

Ich möchte nur betonen: Dieses Projekt haben wir als Verwaltung nicht „auf dem Schirm“. Es hat sich durch die Pläne der Sparkasse ergeben - bietet für uns aber eine große Chance. Insofern ist es konsequent, wenn wir dies auch seitens der Verwaltung mit in die Haushaltsplanung eingeben.

Bevor ich zum Ende komme, möchte ich noch auf zwei Entwicklungen hinweisen, die wir in diesem Jahr deutlich gemerkt haben und die für die nächsten Jahre mit Blick auf die Entwicklung neuer Wohn- und Gewerbeflächen entscheidend sind.

Wenn Sie sich erinnern, haben wir vor ziemlich genau einem Jahr am 27.10.2022 im HuFA beschlossen, die Grundstücksgesellschaft mit mehr „Power“ auszustatten. Wir haben mit Herrn Trockel nun seit Juni eine hauptamtliche Geschäftsführung und das merkt man. Die Verhandlungen zum Nordglindkamp laufen sehr gut und in die richtige Richtung. Wir haben einen ersten städtebaulichen Rahmenplan vorgelegt.

Darüber hinaus haben wir auch mit Blick auf das Thema Bodenmanagement in diesem Jahr einen riesigen Schritt nach vorne gemacht. Damit haben wir endlich wieder Handlungsoptionen, um Infrastrukturvorhaben und Gewerbeflächen perspektivisch zu entwickeln.

Ebenfalls haben wir uns auf den Weg gemacht – im interkommunalen Verbund mit der Stadtregion Münster – das Thema „bezahlbarer Wohnraum“ anzugehen. Auch dies ist ein echter Meilenstein. Wir stehen nicht schlecht da als Stadt Sendenhorst, wer sich aber mit Unternehmen – egal ob groß oder klein – unterhält, der wird schnell erkennen, dass Wohnraum zur Miete für Auszubildende und neue Mitarbeitende mittlerweile ein wichtiges Argument für Fachkräfte ist. Ich freue mich, dass Sie als Stadtrat dieses Vorhaben bereits grundsätzlich unterstützt haben.

Deutlich machen möchte ich zum Abschluss, dass wir das aktuell prognostizierte und geplante Verhältnis von Einzahlungen und Auszahlungen im Bereich der Investitionen deutlich verbessern müssen.

Für teilweise bereits beschlossenen – teilweise noch zu beratenden Investitionen für Projekte müssen wir uns weiter und noch verstärkter auf die Einwerbung von Förderung fokussieren. Leider müssen wir das, denn Förderung heißt zwar immer „zusätzliches Geld“ aber auch „enormer zusätzlicher Aufwand, der bremst“.

Am Ende des Tages hilft es aber nichts – die notwendigen Investitionen können wir aus eigener Kraft ohne Förderungen nicht bestreiten. Ich bitte Sie, dies bei den eingestellten Beträgen und auch mit Blick auf die Verschuldung zu bedenken. Die vorliegende Finanzplanung 2024-2027 muss durch zusätzliche Finanzierungsbausteine ergänzt werden.

Zusammenfassend gesagt:

Die Überschüsse der letzten Jahre und die vorgenommenen Einsparungen ermöglichen es uns, die zusätzlichen 3 Mio. Euro Abgaben an den Kreis aufzufangen.

Wir können einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf vorlegen, der darüber hinaus das einmalige „Erledigen“ der Corona-und-Ukraine—Isolierungen zulässt.

Änderungen werden sich im Laufe der anstehenden Haushaltsplanberatungen ergeben – die Spielräume lassen Erhöhungen aber nur durch Einsparungen an anderer Stelle zu.

Unsere freiwilligen Leistungen können wir noch aufrechterhalten.

Wenn sich seitens der Finanzierung unserer Aufgaben durch Bund und Land nichts ändert, werden aber auch wir in Sendenhorst eher kurz- oder langfristig auf die Haushaltssicherung zusteuern – mit allen Konsequenzen!

Abschließend möchte ich mich bedanken:

Trotz der zahlreichen und gleichzeitigen Herausforderungen haben die 100 Menschen, die für die Stadt Sendenhorst arbeiten, auch in 2023 vieles bewegt. Wer aktuell durch unsere Ortsteile geht, der sieht, was sich alles tut. Für all die Aufgaben, die wir verantworten ist vor allem im Hintergrund unglaublich viel Arbeit notwendig – auch weil für uns vieles immer komplizierter und aufwendiger wird. Deshalb ein großes Dankeschön für das Engagement und die Motivation, die guten Vorschläge, die Eigeninitiativen und die Sorgfalt an die Mannschaft aus Rathaus, Kläranlage, Hallenbad und Bauhof.

Mit Blick auf den pünktlich eingebrachten Haushaltsentwurf darf die besondere Erwähnung der Kämmerei an dieser Stelle nicht fehlen. Herzlichen Dank liebe Bettina, liebe Christina Ben Moussa und Sara Drechsler ... gerade glückliche Mama geworden ... und Tanja Kortebrock. Ihr habt nicht nur den Haushaltsentwurf auf die Beine gestellt, Ihr habt gleichzeitig auch den Jahresabschluss vorbereitet und auch der Jahresabschluss der GGS wurde mit betreut. Das alles, obwohl in diesem Jahr rund 3 Monate „weniger“ Zeit zur Verfügung standen – weil wir den aktuellen Haushalt ja erst im März beschließen konnten.

Dass wir in Sendenhorst eine Haushaltsführung „a jour“ haben ist beruhigend und erleichtert die Arbeit! Ganz herzlichen Dank!!!!

Nun zu Guter Letzt: Ich bin kein Typ, der verwaltet oder den Kopf in den Sand steckt. Ich bin Bürgermeisterin, weil ich Dinge verändern und bewegen will. Ich weiß, dass ich meine Kolleginnen und Kollegen damit fordere ... und manchmal bin ich tatsächlich auch zu optimistisch, was wir alles schaffen und muss dann wohl oder übel geduldig sein. ABER – wir und damit meine ich meine Verwaltung und Sie als Stadträte und Stadträtinnen – wir haben wirklich viele grundlegende Dinge im vergangenen Jahr beschlossen und damit Weichen gestellt, es bewegt sich was. Und das ist gut!

Achten müssen wir darauf, dass wir die vielen Veränderungen gut kommunizieren und die Menschen in Sendenhorst und Albersloh mitnehmen und einladen, die Chancen darin zu sehen, statt Angst vor diesen Veränderungen zu haben. Das wünsche ich mir für das kommende Jahr.

Herzlichen Dank für Ihr Engagement und auf gute Beratungen.

Lieben Dank.